Freitag, 7. Juni 2019 | Nr. 23 | 61. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

PFINGSTEN 2019

Geist und Freiheit

«Der Herr aber, das ist der Geist; und wo der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit.» (2. Korinther 3,17)

Dieses Jahr hat sich der Frühling ein wenig hinausgezögert. Nun aber ist geradezu sommerliche Wärme angebrochen. Die Natur arbeitet rasch und holt in kurzer Zeit alles nach. So wirkt auch der Heilige Geist. In der Geschichte der Christenheit und in menschlichen Biografien können lange Winterzeiten vorkommen und Menschen zur Verzweiflung treiben. Es ist unmöglich, in einer toten Gemeinde Leben zu wecken; oder aus Menschen, die keine Liebe kennen, eine solidarische Gemeinschaft zu bilden. Das alles geschieht erst, wenn der Geist Gottes hineinfährt als belebende und schöpferische Kraft.

Was in unserer Macht steht, sollen wir möglichst verlässlich tun. An Gott können wir uns wenden, wenn wir den Geist wollen. Wollen wir ihn? Würde man eine Umfrage machen: Was brauchst du, damit du ein glücklicher und zufriedener Mensch bist? – ich glaube, man bekäme hundertmal zu hören: Gesundheit – etwas mehr Geld, damit ich mir noch dies und jenes leisten kann – mehr Zeit – mehr Frieden in der Welt – einen besseren Job oder eine Partnerin bzw. einen Partner. Kaum jemand würde sagen: Ich brauche den Heiligen Geist. Ich schlage vor, liebe Leserin, lieber Leser, dass wir einmal versuchen, den Heiligen Geist herbeizuwünschen.

Wir wenden uns also an Gott. Er selbst ist der Geist. Wer den Geist Gottes empfängt, der bekommt nicht bloss etwas von Gott. Er bekommt Gott selbst. Es will deshalb überlegt sein, ob man das wirklich will. Viele denken sich den Geist als eine Gabe, die man zwischen anderen Errungenschaften und Annehmlichkeiten einreihen kann. Und die einem manches erleichtert und klärt: von Sorgen entlastet, das schlechte Gewissen vertreibt und das Herz erfreut. Für die Apostel zählen Friede und Freude durchaus zu den Früchten des Geistes, und wer vom Geist erfüllt ist, ist frei, stark und gelassen. Aber der Geist ist noch einiges darüber hinaus. Er gibt allem eine andere Richtung, eine andere Gestalt und einen neuen Inhalt. Das bedeutet, dass er vom Menschen wahrhaft Besitz ergreift.

Ein kurzer Blick auf das eigentliche Grundwort kann das verdeutlichen: Geist, griechisch Pneuma, heisst Wind. Bläst ein heftiger Wind, so verändert das die Landschaft. Sind wir im Freien unterwegs, so spüren wir den Wind am ganzen Körper. Er ist dominant und trägt das Wetter aus einer Himmelsrichtung herbei, wie es ihm beliebt. «Der Wind weht, wo er will», sagt Jesus im Johannesevangelium. Das zielt auf den Geist Gottes. Ein anderer Vergleich für den Geist ist der Alkohol. Schnaps wird gelegentlich auch Weingeist genannt. Geist heisst lateinisch Spiritus, Sprit. Manche Schnäpse sehen zwar wie Wasser aus. Aber trinke ich zu viel davon, so verändert sich mein Wesen. Dazu reichen schon zwei Gläser Wein.

Der Spiritus ist unsichtbar, aber höchst wirksam. Im Alten Testament lesen wir, wie die Menschen, welche Gott für seinen Dienst berief, von seinem Geist erfüllt wurden. Nicht alle gerieten dadurch in Bombenstimmung. Manche widersetzen sich. Sie merkten, dass Gott ihnen mit der Berufung eine anspruchsvolle Aufgabe zumutete, die sie aus ihrem Milieu, aus Beruf und Lebensgewohnheiten herausriss und gänzlich in den Dienst Gottes stellte. Und in der Pfingsterzählung unterstellten Aussenstehende der geistbegabten Gemeinde ein Besäufnis. (Apostelgeschichte 2,13) Was diese Menschen so radikal erlebten, kann jeder erfahren, der Gott Raum lässt: Ein Anderer übernimmt das Steuer und führt es nach seinem Willen. Das ist irritierend und erfreulich zugleich.

«Wo der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit.» – Da scheint sich ein Widerspruch aufzutun. Einerseits nimmt uns der Geist Gottes völlig in Beschlag, sodass es durchaus heissen könnte: Wo der Geist des Herrn ist, da ist Zwang. So stellen manchmal die Kritiker und Spötter den christlichen Glauben dar: Als zwanghafte Abhängigkeit, wo Menschen von kirchlichen Funktionären manipuliert und womöglich missbraucht werden.

Leider war und ist das allzu oft wahr. Aber das geschah nie im Sinne des Evangeliums. Im Gegenteil: Wo der Geist des Herrn ist, da soll Freiheit sein. Freiheit – da sind alle dafür. Ich kenne niemanden, der sagen würde, er sei für Zwang.

Beim Wort Freiheit schlagen die Herzen höher. In der Luft der Freiheit wachsen wahres Menschentum und Kultur. Auch diejenigen, welche Zwangssysteme führen und unzählige Menschen unterdrücken und töten, tarnen das noch als Freiheit.

Es gehe bloss darum, die Feinde des Guten und der Freiheit zu beseitigen. Zur Freiheit bekennen sich alle. Entweder aus Überzeugung oder als Vorwand.

Doch gerade wenn eine Sache allseits befürwortet wird, ist Vorsicht geboten. Die Schweiz ist ein freiheitlicher Rechtsstaat. Jeder kann machen, was er will – im Rahmen des Gesetzes und unter Rücksicht auf die Freiheit der andern. Doch das Gemeinwesen verändert sich. Es gab Zeiten, da wurde es weniger geduldet, wenn Jugendliche und Kinder sich selber überlassen blieben und Fernsehen guckten oder beim Essen ein Suchtverhalten entwickelten. Daraus könnte eine Alkohol- oder Drogensucht werden. Heute lässt man der Jugend mehr Freiheit als vor 50 Jahren. Aber wenn diese Freiheit zur Nachgiebigkeit ausartet und bei den jungen Menschen zu Haltlosigkeit führt, dann wird mehr Freiheit verspielt als gewonnen. Diese Menschen sind später unter Umständen ihren Gelüsten und Trieben ausgeliefert. Die Freiheit ist nicht nur von aussen bedroht, sondern auch von innen, von den unberechenbaren Regungen des menschlichen Herzens. Gerade der Wohlstand kann bequem und süchtig machen. Deshalb ist wahre Freiheit auf eine Art von Bindung angewiesen. Für die Bindung zu Gott sorgt der Heilige Geist.

Zu denen, die die Freiheit eindringlich beschrieben haben, gehörte Friedrich Schiller. Ihn interessierte der Freiheitskampf der Schweizer und derjenige der Niederländer. «Politische und bürgerliche Freiheit bleibt immer und ewig das heiligste aller Güter, das würdigste Ziel aller Anstrengungen und das grosse Zentrum aller Kultur.» Schiller wusste natürlich, dass die Freiheit einen Anker braucht, um nicht zur Scheinfreiheit und zum Zwang zu entarten. Zwar mied er, entgegen dem Willen der Eltern, die theologische Laufbahn und widmete sich der Literatur. Zum Glück. Ein hervorragender Bibelkenner war er dennoch.

Wo der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit, schreibt Paulus. Der Geist krempelt nicht die politischen Verhältnisse um, wohl aber die Menschen. So wie alles Grosse klein beginnt, so beginnt die Freiheit der Systeme mit der inneren Freiheit einzelner Menschen. Als erstes muss die Beziehung zu Gott von Freiheit geprägt sein. Wir sind nicht Gottes Sklaven, sondern seine Kinder. Wir dürfen ihn Vater nennen. Der Geist ist eine unsichtbare Verbindung zwischen Mensch und Gott. Mit ihm ist Gott anwesend und wirkt, in uns und aus uns heraus. Unser Verhältnis zu Gott soll kein Regelwerk aus Vorschriften und Wortklaubereien sein, sondern eine Beziehung, die gedeiht und Räume öffnet.

Peter Ruch, Pfr. i.R., Küssnacht am Rigi

Veneta Cucine

Lust auf eine neue Küche?

Funktionales italienisches Design – 100% made in Italy
Exklusiv vertreten durch:
Alu Limmat AG
www.alulimmat.ch
Tel: +41 55 505 38 76
widmer@alulimmat.ch

Damit Sie wieder hören, was in Bundesbern läuft!

Dietikon **HörCenter**

Bahnhofstrasse 12, 8953 Dietikon
Telefon 043 322 55 66
Öffnungszeiten: Mo - Fr: 09.15 - 12 / 13 - 17.30

Jetzt anmelden für Gratis-Hörtest

Neuste Hörgeräte

Persönliche und individuelle Beratung durch Akustiker mit eidg. Fachausweis

Zu verkaufen

2 Reihenhäuser

An familienfreundlicher Lage im Herzen von Regensdorf.

- 4½ Zimmer + 2 Zimmer im Untergeschoss
- Garagenplatz
- Teilrenoviert, in sehr gutem Zustand
- Geschlossener Gartensitzplatz
- Schlafzimmer mit Balkon
- Elektrische Storen

Haus Nr. 18 ab 1. Juli á Fr. 777‘777.00

Haus Nr. 20 ab 1. Januar 2020 auf Anfrage

Anfragen bitte per. E-Mail an: ehardina@gmx.ch

Liebe Leserinnen und Leser

Wissen Ihre Geschäftsfreunde und -partner, dass sie hier für nur 320 Franken beste Werbung für Ihre Produkte und Dienstleistungen machen können?

Danke, dass Sie ihnen diese Möglichkeit empfehlen.

Ihr Zürcher Bote

Inserate «Der Zürcher Bote»:
Marco Calzimiglia
ZBV, Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf
Telefon 044 217 77 39
inserate@zuercher-bote.ch

Christoph Mörgeli

Wir kriminellen Schweizer

Selbstverständlich war es wieder mal ein Schweizer: «Ein 60-jähriger Schweizer brachte gestern Morgen eine 34-Jährige und eine 38-Jährige in seine Gewalt.» Er nahm die beiden Frauen als Geiseln, ermordete sie und dann sich selber. Der «Schweizer» Täter heisst Ante S. Nun gibt's in der Schweiz keinen Vornamen Ante. Wohl aber in Kroatien und Mazedonien. Doch in der Statistik hat einmal mehr ein «Schweizer» einen Doppelmord begangen. Denn wir Schweizer bürgern die Ausländerkriminalität einfach ein. Dieses Versteckspiel von Behörden, Polizeisprechern und Medien nervt. Für wie dumm verkaufen sie eigentlich die eigentlichen Schweizer? Wir lesen über den Prozess wegen Mordversuchs eines «heute 51-Jährigen», der mit einem Messer achtundzwanzig Mal auf seine schwangere Ex-Partnerin eingestochen hat. Der Täter ist Eritreer. Vor Gericht stehen ein «Spanisch-Schweizer» und ein zweiter Mann «mit Schweizer Wurzeln» wegen eines islamistisch motivierten Mordes an zwei Skandinavierinnen in Marokko. Wetten, dass beide keine «Schweizer Wurzeln» haben?

Wenn die Sonne sinkt, steigt die Kriminalität. Bilanz eines Stadtzürcher Wochenendes: Mehrere Personen wurden wegen Stich- oder Schnittwunden ins Spital eingeliefert. «Eine tätliche Auseinandersetzung zwischen mehreren Männern.» Konkret bekriegten sich zwei Gruppen von je zwanzig Jugendlichen auf dem Sechseläutenplatz. Wie viele waren wohl Schweizer? Eine Horde von zehn Männern belästigten eine Frau und stachen deren Beschützer in den Arm. Wie viele waren Schweizer? Jetzt jammert der Tages-Anzeiger: «Schwere Körperverletzungen durch Stichwaffen nehmen zu.» Das Wort Ausländer kommt im langen Artikel exakt null Mal vor. Aktivisten machen in Bern fünfzehn Tatorte sichtbar, an denen Frauen Opfer von Gewalttaten wurden. Das Wort Ausländer wird sorgfältig vermieden.

Es geht auch ehrlich: «Ein 32-jähriger Kolumbianer stürzt aus einem Haus neun Meter in die Tiefe. […] Drei Männer wurden im Zuge dieses Vorfalls verhaftet: zwei Brasilianer und ein Italiener.» Im Waadtland hat ein tot aufgefundener «Portugiese (24)» seine Schweizer Freundin mit einem Messer schwer am Hals verletzt. Längst bilden die Ausländer die Existenzgrundlage für unsere Polizisten, Staatsanwälte und Richter. Die kriminelle Energie gewisser Ausländer ist die einzige, die nicht knapp wird.

BERICHT 1. WOCHE SOMMERSESSION

Wahltag ist Zahltag: Weniger Kompromissbereitschaft der Räte

Zum Einstieg in die zweitletzte Session der Legislatur befasste sich der Nationalrat zum zweiten Mal mit Schutzregeln für Whistleblower. 2013 hatte der Bundesrat seine Vorstellungen für eine Teilrevision des Obligationenrechts (OR) zum Schutz von Arbeitnehmern «bei Meldung von Unregelmässigkeiten am Arbeitsplatz» an das Parlament geschickt. Er räumte der internen Behandlung von Meldungen Priorität ein: Zuerst an den Arbeitgeber, anschliessend an eine Behörde und erst zuletzt an die Öffentlichkeit.

Hans Egloff
Nationalrat SVP
Aesch ZH

Eine direkte Meldung von Unregelmässigkeiten an die Öffentlichkeit wollte der Bundesrat nicht gestatten.

Eine missbräuchliche oder ungerechtfertigte Kündigung im Anschluss an eine Meldung, die nicht gegen die Treuepflicht verstösst, sollte nach geltendem Recht mit Entschädigungen bis zu sechs Monatslöhnen sanktioniert werden.

Diese und weitere Vorschläge für eine Verbesserung des Kündigungsschutzes sind aus grundsätzlichen Erwägungen von Anfang an auf starken Widerstand gestossen, auch bei der SVP-Fraktion. 2015 wies das Parlament einen ersten Entwurf an den Bundesrat zurück und forderte eine verständlichere und einfachere Revision.

Auch im Ständerat war die Vorlage als «hyperbürokratisch» und «nicht alltagstauglich» beanstandet worden. Die Rechtskommission (RK) fand die Vorlage derart kompliziert, dass es für Whistleblower schwierig werde, herauszufinden, wie man sich korrekt verhalten solle. Mit einer Zusatzbotschaft glaubte der Bundesrat am 21. September 2018, den Bedenken der Räte gerecht werden zu können. Doch vor Monatsfrist stellte die nationalrätliche RK fest, dass die Vorlage immer noch sehr kompliziert und schwer verständlich sei. Deshalb beantragt sie, die Vorlage abzulehnen.

Der Nationalrat schickte den Entwurf in der Gesamtabstimmung mit 144 zu 27 Stimmen wuchtig bachab. Das «Staatsbegräbnis» wird nach erneuter Debatte im Ständerat stattfinden.

Enteignung ohne Rechtssicherheit

Für bundesrechtliche Interessen wie den Bau von Nationalstrassen und Eisenbahnen kann gegen volle Entschädigung privates Grundeigentum enteignet werden. Das heutige Verfahren stammt aus einer Zeit, in der umfassende Plangenehmigungsverfahren nicht existierten und öffentliche Werke oft in verwaltungsinternen Behördenverfahren bewilligt wurden. Betroffene konnten erst danach Einsprache erheben. Exakt vor Jahresfrist hat der Bundesrat eine Teilrevision des Enteignungsgesetzes von 1930 vorgelegt, um Verfahrensvorschriften an die rechtlichen Verhältnisse anzupassen. Die Revision sollte Rechtssicherheit und Klarheit schaffen.

Die nationalrätliche Kommission für Rechtsfragen (RK) hat den Entwurf zur Revision des Bundesgesetzes über die Enteignung in drei wesentlichen Bestimmungen verändert und in der Gesamtabstimmung mit 23 zu 0 Stimmen deutlich angenommen.

Sie befürwortete eine Regel, wonach die Entschädigung für landwirtschaftliches Kulturland künftig das Sechsfache des massgeblichen Höchstpreises betragen soll.

Weiter befürwortete die RK umstrittene Bestimmungen, welche die Verfahrensrechte von Grundeigentümern stärken, wenn sie von Fluglärm oder von Immissionen von Verkehrsanlagen für den Landverkehr betroffen sind. Die RK beantragte überdies, direkte Überflüge über bewohntes Gebiet oder deren wesentliche Erweiterung in einem bestehenden Überflugskorridor zu entschädigen.

Doch der Nationalrat hat es verpasst, klare Regeln für Entschädigungsverfahren wegen Betriebsreglementsänderungen von Flughäfen ins Enteignungsgesetz aufzunehmen. Bei neuen «Flugstrassen» besteht somit nach wie vor kein direkter Zugang zum Rechtsweg.

Hauseigentümer enttäuscht

Der Hauseigentümer-Verband Schweiz (HEV), den ich präsidiere, ist enttäuscht, dass eine knappe Mehrheit des Nationalrates keine Rechtssicherheit für die betroffenen Eigentümer will.

Der HEV Schweiz fordert, dass die Verfahren der Entschädigungen bei Fluglärmimmissionen in die Revision des Enteignungsgesetzes miteinbezogen werden. Die Rechtsprechung des Bundesgerichts schafft nicht Rechtssicherheit, denn sie hat den Einzelfall im Auge und nicht eine allgemeingültige Regelung.

Die RK wollte zwar im Enteignungsgesetz eine rechtliche Gleichbehandlung der Betroffenen ermöglichen. Bei neuen Pisten oder Betriebsreglementsänderungen von bestehenden Flughäfen sollte für betroffene Eigentümer ein direkter Zugang zum Recht geöffnet werden, wenn plötzlich neue Gebiete direkt überflogen oder Gebiete neu durch Lärmimmissionen übermässig belastet werden. Dafür sollte den neu übermässig Betroffenen durch den Flughafeninhaber eine persönliche Anzeige zur Anmeldung ihrer Ansprüche zugehen.

Nur so kann sichergestellt werden, dass die Betroffenen von ihrem Recht erfahren und Entschädigung geltend machen können.

Leider lehnte die äusserst knappe Mehrheit des Nationalrates den Vorschlag der RK ab.

Diese Problematik harrt seit Langem der Lösung. Anders als bei «Strassen und Schienen» konzentriert sich Fluglärm nicht auf die Infrastruktur (Flughafen).

«Flugstrassen» sind auch nicht an die Infrastruktur des Flughafens gebunden, sondern hängen von den Betriebsreglementen ab. Die Verfahrensregeln tragen dieser Tatsache bis heute nicht Rechnung. Ich hoffe, dass der Ständerat die erforderlichen Verfahrensgarantien verankern und so endlich Rechtssicherheit schaffen wird.

IM EUROPÄISCHEN VERGLEICH STEHT DIE SCHWEIZ SCHLECHT DA

Erwerbslose als tickende Zeitbombe

Die Zahlen des Bundesamts für Statistik sind unbestechlich: Der Anteil der Erwerbslosen an der Erwerbsbevölkerung lag im ersten Quartal des Jahres 2019 bei 4,9 Prozent.

Thomas Matter
Nationalrat SVP
Meilen

Im Schnitt sind hierzulande aktuell 243 000 Menschen erwerbslos. Damit hat die Zahl gegenüber dem letzten Quartal 2018 noch leicht zugenommen. Im europäischen Vergleich steht die Schweiz bezüglich Erwerbslosigkeit heute schlechter da als Österreich, Bulgarien, Estland, Slowenien, Rumänien, Grossbritannien, Malta, Ungarn, Polen, die Niederlande, Deutschland und Tschechien. Dabei war die Erwerbslosigkeit in der Schweiz in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg extrem niedrig, jedenfalls wesentlich niedriger als im übrigen Westeuropa.

Beschönigende Arbeitslosenquote

4,9 Prozent der möglichen Berufstätigen hat also keine Arbeit in unserem auf 8,6 Millionen Einwohner angeschwollenen Land. Soweit die kalte Statistik. Wieviel Leid, Enttäuschung und Verzweiflung in den konkreten Schicksalen hinter diesen nackten Zahlen stecken, kann man sich kaum vorstellen. Zu den Erwerbslosen wird jede Person mit ständigem Wohnsitz in der Schweiz gezählt, die in den vergangenen vier Wochen keine Arbeit hatte, die eine Stelle sucht und innert kurzer Zeit eine Arbeit antreten könnte. Um einen internationalen Vergleich zu ermöglichen, wird heute die Berechnungsart der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) herangezogen.

So macht es korrekterweise auch das Bundesamt für Statistik, während das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) jeweils die Arbeitslosenquoten der bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren Gemeldeten vorlegt, also die Ausgesteuerten aus der Statistik verschwinden lässt. Diese Arbeitslosenquote lag zuletzt bei 2,4 Prozent. Man wird den Verdacht nicht los, das Seco wolle so unerfreuliche Tatsachen auf dem Schweizer Arbeitsmarkt etwas beschönigen.

Folge der Personenfreizügigkeit

Eine Erwerbslosenstatistik wird seit 1991 geführt. Damals waren noch 79 000 Personen erwerbslos, davon 57 000 Schweizer. Bei Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit den 15 ersten EU-Staaten im Jahr 2007 gab es bereits 180 000 erwerbslose Personen, davon 105 000 Schweizer. Und jetzt, im ersten Quartal 2019, zählt das Bundesamt für Statistik bei den 243 000 Erwerbslosen 114 000 Ausländer. 63 000 stammen aus den EU/Efta-Staaten, 51 000 aus Drittstaaten. Von den In- und Ausländern sind 91 000 seit einem Jahr und mehr erwerbslos, 125 000 sind nicht in einer Regionalen Arbeitsvermittlung eingeschrieben.

Dabei herrscht noch immer eine wirtschaftliche Hochkonjunktur. Man kann nur erahnen, wie rasch die Erwerbslosenquote weiter explodieren wird, sobald sich die wirtschaftliche Situation wieder abkühlt.

Beunruhigend ist, dass im Gegensatz zur gesamthaft leicht rückläufigen Erwerbslosigkeit im Vergleich mit dem ersten Quartal des letzten Jahres die Quote bei den 50- bis 64-Jährigen von 4,4 auf 4,6 Prozent angestiegen ist. Das Problem der «Ü50» ist also durchwegs real. Dies musste auch der Bundesrat anerkennen und will nun eine Überbrückungsrente für ausgesteuerte Arbeitslose ab 60 Jahren einführen. In Tat und Wahrheit handelt es sich aber um eine unwürdige Entlassungsrente, werden doch so die Firmen künftig noch weniger Skrupel haben, 58-Jährige zu entlassen, um sie für zwei Jahre der Arbeitslosenkasse und dann der Überbrückungsrente anzuhängen.

EINE KONZEPTIONELLE FEHLKONSTRUKTION ERSTER GÜTE

Wohlstandsversprechen

Vor ein paar Tagen bin ich auf einen mir bis dahin unbekannten Begriff gestossen, den ich für einen Ausdruck politischer Perversion halte: «Wohlstandsversprechen».

Claudio Zanetti
Nationalrat SVP
Gossau

In einer Bundestagsrede, die auf Youtube abrufbar ist, warf die Kommunistin Sahra Wagenknecht der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel vor, ihr Wohlstandsversprechen gebrochen zu haben. Ich habe daraufhin etwas gegoogelt und herausgefunden, dass sich der Begriff vor allem bei linken Parteien und Politikern einiger Beliebtheit erfreut.

So wurde auch der Koalitionsvertrag von Frau Merkel als «Wohlstandsversprechen» gepriesen, und auch die wegen Veruntreuung verurteilte Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, forderte kürzlich «ein neues Wohlstandsversprechen für Europa». – Wer nichts zu bieten hat, kann immerhin etwas versprechen – und sei es das Blaue vom Himmel herunter.

Unerfüllbare Versprechen

Was mich allerdings doch befremdete, ist der Umstand, dass der Begriff in den Medien nirgends kontrovers diskutiert wird.

Lediglich ein unbekannter Ökonom weist in seinem Blog darauf hin, dass die Akzeptanz der EU vor allem auch auf dem Wohlstandsversprechen basiere, und stellt dann ernüchtert fest, dass es in den letzten Jahren immer deutlicher geworden sei, dass die EU dieses Versprechen nicht erfüllen könne. – Ja, wie soll ausgerechnet ein künstliches Konstrukt, wie die EU, ein Versprechen erfüllen, dass niemand – und erst recht kein Staat – erfüllen kann und auch nie wird erfüllen können?

Die Idee eines Wohlstandsversprechens ist die radikale Abkehr vom Liberalismus und damit von sämtlichen Idealen und Prinzipien, die die Menschen im Laufe der Jahrhunderte aus der Armut hoben und prosperierende Gesellschaften schufen. Die Idee eines Wohlstandsversprechens ist nicht nur eine konzeptionelle Fehlkonstruktion erster Güte. Sie dient einem Täuschungsmanöver. Nur Phrasendrescher, Politikaster und Lügner geben Versprechen, von denen Sie genau wissen, dass sie unerfüllbar sind.

Gewiss, auch unsere Bundesverfassung erhebt die die «Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt» zum Staatszweck, aber bisher ist hierzulande noch niemand auf die Idee gekommen, dies als «Wohlstandsversprechen» zu bezeichnen.

Die Schweiz ist darum so erfolgreich und wohlhabend geworden, weil die Verfassungsväter auf Freiheit und Eigenverantwortung setzten. Die Vorstellung eines Staates, der alles gibt, aber dafür auch alles wegnehmen kann, wäre ihnen ein Gräuel gewesen.

Der Staat kann kein Glück garantieren. Aber er kann die Bedingungen schaffen, damit die Menschen frei nach eigenem Gutdünken nach Glück und Erfolg streben können. – Mehr dürfen wir nicht erwarten, und nur Scharlatane versprechen mehr.

AUS DEM KANTONSRAT

Kantonale Volksinitiative «Mittelstandsinitiative – weniger Steuerbelastung für alle»

Die SVP-Fraktion unterstützt die Mittelstandsinitiative und auch den abgeschwächten Gegenvorschlag der WAK-Mehrheit. Die SVP steht wie immer zu ihren politischen Zielen, wo «Steuersenkungen für alle» weit oben steht.

Marcel Suter
Kantonsrat SVP
Thalwil

Auch wenn die Initiative nicht von unserer Partei eingereicht wurde, unterstützen wir deren Ziel: Die Steuerbelastung aller natürlichen Personen zu senken. Mit der Mittelstandsinitiative wird u. a. auch verlangt, dass die Nullstufe erhöht wird.

Wie beispielsweise schon bei der JUSO-Initiative sehen wir diesen Punkt eher skeptisch.

Damit würden noch weniger Personen überhaupt Steuern zahlen und ihren Anteil an den Staatsausgaben leisten. Aber das übergeordnete Ziel der Initiative und auch vom Gegenvorschlag, der allgemeinen Senkung der Besteuerung natürlicher Personen, überwiegt diesen Punkt bei Weitem. Auch die nachfolgenden Progressionsstufen werden alle entlastet, und verglichen mit den geltenden Einkommenssteuertarifen führen die mit der Volksinitiative vorgeschlagenen Tarife für alle Einkommensklassen zu Steuersenkungen.

Verbesserungen für alle Einkommensklassen

Mit der erwähnten Erhöhung des Freibetrags werden Steuerpflichtige mit sehr tiefen und tiefen Einkommen wesentlich und der breite Mittelstand, der über die Hälfte aller Einkommenssteuern bezahlt, moderat entlastet, bspw. mit rund 1000 Franken im Jahr für eine Durchschnittsfamilie.

Für Steuerpflichtige mit hohen und sehr hohen Einkommen, die einen überproportionalen Teil von 35 Prozent zum Steuersubstrat beitragen, soll künftig die oberste Progressionsstufe bei 12 Prozent liegen.

Mit diesen Massnahmen nimmt der Kanton Zürich bei allen Einkommensklassen im nationalen Ranking eine bessere Position ein. Die anfangs erwarteten Ertragsausfälle sind nach unserer Sicht durchaus verkraftbar und werden durch den erwarteten dynamischen Effekt mit der Zeit ausgeglichen werden.

Wegzug wegen zu hoher Steuern

Im Zusammenhang mit den Steuereinnahmen von Steuerzahlenden in der letzten Progressionsstufe empfehle ich den diversen ablehnenden Parteien links von der FDP einen Ausflug an den Zürichsee zu unternehmen, und zwar in Richtung von meinem Heimatbezirk Horgen bzw. noch ein paar Kilometer weiter in Gemeinden im Kanton Schwyz, die nachfolgend der Zürcher Gemeinde Richterswil angrenzen. Dort würden Sie sehen, dass viele, sehr viele Personen mit hohen Einkommen aus dem Kanton Zürich aus Steuergründen weggezogen sind in den letzten 20 Jahren.

Alleine in dieser Region hat der Kanton Zürich und die Gemeinden im Kanton Zürich massiv an wertvollem Steuersubstrat verloren und dies in den oberen und obersten Segmenten, wo dies richtig weh tut.

Allfällige Standortvorteile, die von seitens der Steuererhöhungsparteien in den Diskussionen immer eingebracht werden, können hier kaum angebracht werden, weil 5 oder 15 Minuten weiter weg bspw. von der Stadt Zürich oder dem Flughafen kein Argument ist, und Seesicht gibt es auch im Kanton Schwyz!

Budget im Gleichgewicht halten

Wenn wir diesen Abfluss des Steuersubstrats stoppen oder sogar umkehren können, ist dies sehr erstrebenswert. Es muss das Ziel sein von einem Kantonsparlament, dass Steuersubstrat stabilisiert und erhöht werden kann und da gehören attraktive Steuersätze dazu.

Die Frage, ob wir uns dies leisten können, steht natürlich im Raum und wir beantworten dies grundsätzlich mit ja: Wir haben glücklicherweise einen immer noch bürgerlichen Regierungsrat und einen pragmatischen und wachsamen Finanzdirektor.

Aber ja, dies gelingt natürlich nur, wenn das Parlament im Budgetprozess nicht über die Strenge haut und die Aufwandsseite unnötig erhöht.

Die Gefahr, dies zu tun, besteht aber leider unabhängig von der heutigen Vorlage und von der Steuereinnahmenseite.

Wir hoffen bereits heute, dass die GLP nicht nur an das Grün im Parteinamen, sondern auch an das Liberal denkt, die SVP steht auf jeden Fall nicht nur für Steuersenkungen, sondern auch dafür, den Aufwand kritisch im Auge und den Staatshaushalt insgesamt im Gleichgewicht zu halten.

FDP steht in der Pflicht

Und zum Schluss: Für die SVP hat die vom Regierungsrat in Aussicht gestellte Steuersenkung von 2 Prozent für alle oberste Priorität.

Wir nehmen die FDP in die Pflicht, dass diese Steuersenkung ebenfalls weiterhin unterstützt wird, und werden nicht akzeptieren, dass bspw. wegen dieser Initiative allenfalls die FDP die allgemeine Steuersenkung im Parlament/Budgetprozess nicht mitunterstützt.

Schlussendlich lehnte der Kantonsrat den WAK-Gegenvorschlag mit 95:74 ab und auch die Mittelstandsinitiative mit 95:73.

Das Stimmvolk wird auch in diesem Geschäft das letzte Wort haben.

DER AKTUELLE VORSTOSS

Kontrolle über Klimaschwänzerinnen und Klimaschwänzer

Streiks sind das traditionelle Kampfmittel Arbeitsnehmender zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen oder sozialer Werke.

Im aktuellen Wahljahr werden Streiks aber für politische Forderungen missbraucht, die mit «der Arbeit» der Streikenden (in diesem Fall mit dem Schulbesuch) herzlich wenig zu tun haben, sondern Botschaften linker und grüner Parteien transportieren (Frauenstreiktag, Klimastreik).

Es ist wichtig, dass der Kanton Zürich dieses missbräuchliche Schulschwänzen im Griff hat. An verschiedenen Klimastreiks und Klimaprotesten (15. März 2019, 24. Mai 2019, Montag-Morgen, 13. Mai 2019, vor dem Kantonsrat) sind Schülerinnen und Schüler beteiligt, die während der Protestzeit eigentlich Unterricht in kantonalen Schulen besuchen müssten.

Die Schulen gehen damit unterschiedlich um: Teilweise wurden die Streik-Absenzen an Schulen kompensiert, teilweise nur für den ersten Streiktag, nicht aber für den zweiten, teilweise mit aufsichtslosem Selbstlernen – zu Hause oder in der Schule – statt mit Unterricht.

Teilweise wird für alle Schülerinnen und Schüler das Curriculum umgestellt.

Auch zahlenmässig ist nicht sicher, ob kantonale Schulen überhaupt den Überblick haben, wie viele Schülerinnen und Schüler jeweils klimaschwänzen.

Deshalb verlangen **Matthias Hauser** (svp, Hüntwangen), **Paul von Euw** (svp, Bauma) und **Hans Egli** (edu, Steinmaur) mit einer Anfrage (KR 160/2019) Antwort auf die folgenden Fragen:

1. An welchen kantonalen Schulen (Mittelschulen, Berufsschulen) schwänzten wie viele Schülerinnen und Schüler infolge der beiden Klimastreiks vom 15. März 2019 und 24. Mai 2019? An welchen kantonalen Schulen (Mittelschulen, Berufsschulen) schwänzten wie viele Schülerinnen und Schüler für Kundgebungen am Montagmorgen vor dem Zürcher Ratshaus?
2. Welche Kompensationsmöglichkeiten werden an welchen Schulen etabliert?
3. Ist es in Folge der Streiks zu Umstellungen des Unterrichts oder Curriculums gekommen, welche auch Schülerinnen und Schüler spüren mussten, die sich explizit und bewusst nicht an Streiks beteiligen wollten?

Diese ersten drei Fragen können tabellarisch beantwortet werden.

4. Auf welchen Rechtsgrundlagen (Dispensationsreglemente, Verordnung und Gesetz) stützt sich eine allfällige Toleranz Schwänzerinnen und Schwänzern gegenüber?
5. Wie lautet die Weisung des Kantons betreffend den Frauenstreiktag vom 14. Juni? Erlaubt der Kanton die Einstellung des Unterrichts oder die komplette Umstellung der Unterrichtsinhalte (wie in einigen Kantonsschulen vorgesehen), obwohl Gleichberechtigung gerade mit dem Kanton Zürich als Arbeitgeber seit Jahren verwirklicht ist?

Wenn ja, auf welche Rechtsgrundlagen stützt sich diese Toleranz des Verlustes an Unterrichtszeit?

Therese Schläpfer und Martin Haab im Nationalrat vereidigt

ZB. Zu Beginn der Sommersession wurden Therese Schläpfer und Martin Haab als Nationalräte vereidigt. Die Gemeindepräsidentin von Hagenbuch und der Landwirt aus Mettmenstetten folgen auf Natalie Rickli und Jürg Stahl. Therese Schläpfer wurde im Frühjahr 2019 in den Zürcher Kantonsrat gewählt. Mit der Wahl von Natalie Rickli in den Regierungsrat und dem Rücktritt von Jürg Stahl war unmittelbar nach der Wahl klar, dass sie zu Beginn der Sommersession als Nationalrätin vereidigt würde. Deshalb hat sie sich entschieden, das Kantonsratsamt Tobias Weidmann zu überlassen, welcher der Nächstfolgende auf der Kantonsratsliste war. Martin Haab ist seit 2011 Kantonsrat und hat sich unter anderem in den wichtigen Kommissionen Wirtschaft und Abgaben sowie Energie, Verkehr und Umwelt engagiert. Wir wünschen Therese Schläpfer und Martin Haab viel Erfolg in Bundesbern!

Ein unberechenbarer Partner

von Patrick Walder

Die SVP nimmt Partei für den werktätigen Mittelstand. Und sie muss jene Parteien angreifen, die Anliegen vertreten, die dem Mittelstand schaden. Denn sie sind die Feinde von Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, die Feinde der demokratischen Volksrechte, um die uns die ganze Welt beneidet. Es sind die Feinde des privaten Eigentums, die den Bürgerinnen und Bürgern immer mehr aus dem Portemonnaie rauben, um es an Profiteure und Untätige umzuverteilen. Lange Zeit konnten wir uns in diesem Kampf auf die Freisinnig-Demokratische Partei verlassen. Doch ich erlebe in meiner Stadt Dübendorf die Abwendung der FDP von ihren früheren Werten hautnah. Weil die FDP nicht mitmachte, konnten wir letzten Dezember keine Steuersenkung durchbringen. Die FDP verhinderte in Dübendorf diesen Montag eine vorausschauende Schuldenbremse.

Unser einstiger Partner ist leider im Kampf gegen links unverlässlich und unberechenbar geworden. Seit Bekanntgabe ihres «Umweltpapiers» macht die FDP-Parteispitze klar, dass sie sich von einer demokratischen und freiheitlichen Schweiz verabschiedet. Die FDP will einen lenkenden, uns gängelnden, uns erziehenden, unser Leben verteuernden starken Staat. Die FDP will, dass wir den Unterwerfungsvertrag mit der EU baldmöglichst unterzeichnen.

Eigentlich finde ich das sehr schade. Es wäre schön, die FDP im Kampf um eine freie, prosperierende Schweiz an unserer Seite wissen. Ich bedaure es auch für alle FDP-Wähler im Kanton Zürich, die für einen wahren Freisinn einstehen. Ich hoffe, diese FDP-Wähler erkennen, was Frau Gössi mit unserer Freiheit anstellen möchte – und wählen SVP. Und bei dieser Aussage geht es mir überhaupt nicht um Schadenfreude oder dergleichen – es geht mir um das Erfolgsmodell Schweiz, von dem sich die Parteileitung der FDP verabschiedet.

Freiheit und Sicherheit, das sind die Werte, für welche die Schweiz seit jeher gekämpft hat. Das ist das Rezept, wieso die Schweiz so erfolgreich ist. Wo wäre unser Land heute, wenn sich die alten Eidgenossen 1291 nicht gegen die Habsburger Vögte aufgelehnt hätten? Wenn die freisinnigen Bundesstaatsgründer – wir von der SVP waren damals auch noch dabei – 1848 vor den Drohungen von Europas Kaisern, Königen und Fürsten eingeknickt wären? Wie wäre es, wenn Wilhelm Tell Gesslers Hut gegrüsst hätte?

Wir wären ein geknechtetes Volk, wir hätten unsere Freiheit längst verloren, wir hätten Unabhängigkeit und Neutralität preisgegeben, wir hätten bei schrecklichen Kriegen mitbluten müssen, wir wären längst Mitglied der Europäischen Union. Ich weiss schon, dass die Geschichte von Tell vielleicht nicht wahr ist, aber sie ist einfach zu gut. Wir befinden uns aktuell in der Lage von Wilhelm Tell. Wir stehen vor der Frage: Grüssen wir den blauen Brüsseler Hut mit den Sternen, oder haben wir die Willenskraft, uns zu wehren, auch wenn wir die einzigen sind?

Wollen wir auf dem festen Boden unserer schweizerischen Willensnation bleiben, oder wollen wir, dass ein schwankender EU-Kommissionspräsident über uns bestimmt?

Unsere Antwort ist klar. Auch wenn wir die einzige Partei sind, die sich gegen die Selbstaufgabe wehrt. Wir haben immerhin die Bevölkerung im Rücken!

KLIMA UND SOZIALHILFE IM FOKUS

Zwei SVP-Politiker in Seuzach

Das Publikumsinteresse war gross, als die beiden Nationalräte Roger Köppel und Barbara Steinemann in Seuzach zu einem Politanlass einluden.

svp. Ständeratskandidat Köppel betonte, dass er als Maurersohn familiär aus dem werktätigen Mittelstand stamme, und dieser liege ihm auch besonders am Herzen. Genau dieser Mittelstand sei aber enorm bedroht: Zum Ersten von der Tatsache, dass führende Kreise in Politik und Wirtschaft die Bürger als Chef entmachten wollen. Der fertig ausgehandelte EU-Rahmenvertrag entwinde letztlich dem Volk das Stimmrecht; künftig hätte Brüssel auf all unseren Staatsebenen das Sagen.

Es sei unglaublich, dass Bundesbern unser direktdemokratisches Erfolgsmodell mit den für unser Land massgeschneiderten Lösungen preisgebe.

Missbrauch des Klimawandels

Zweitens diene der Missbrauch des Klimawandels durch rotgrüne Kreise nicht der Verbesserung unserer Umwelt – wogegen niemand etwas einwenden könne –, sondern schade dem Mittelstand und ziele auf eine sozialistische Kommandowirtschaft ab. Dies führe zu einem bevormundenden Vorschriftenregime, das schliesslich der Mittelstand bezahlen müsse. Auch die masslose, ungeregelte Zuwanderung bedroht laut Roger Köppel unseren Mittelstand. Trotz dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative sind wir bald wieder bei der früheren jährlichen Netto-Zuwanderung von 80 000 Personen. Die Erwerbslosenquote ist bei uns trotz guter Wirtschaftslage mittlerweile höher als in Deutschland, Malta oder Tschechien. Roger Köppel rief die Anwesenden auf, mit ihrer Stimme für den Mittelstand zu kämpfen. Wer ihn nicht wählen wolle, solle seine Stimme wenigstens denen geben, die sein Gedankengut teilten. Die anschliessende Diskussion wurde sehr lebhaft genutzt und man spürte, dass sich der debattierfreudige Roger Köppel neben den zustimmenden auch über kritische und andersdenkende Stimmen freut, die ihn herausfordern.

Roger Köppel debattierte und beantwortete die Fragen aus dem Publikum.

Enorme Kostenzunahme in der Sozialhilfe

Nationalrätin Barbara Steinemann zeichnete anhand von eindrücklichen Grafiken ein erschreckendes Bild der Entwicklung der Sozialhilfe. Die Kosten für Gemeinden und Kantone haben innert 14 Jahren um 130 Prozent zugenommen, die Bundespauschalen an anerkannte Asylbewerber sind innert zehn Jahren von 363 Millionen auf 1223 Millionen Franken explodiert.

Gegen 80 Prozent der Sozialhilfebezüger haben einen Migrationshintergrund. Gleich hinter den Schweizern stellen die Eritreer die zahlenmässig grösste Gruppe. Auch die Beträge zugunsten von EU-Bürgern haben sich innert zwölf Jahren um 37 Prozent gesteigert. Die von der Überforderung der Behörden profitierende «Sozialindustrie» bildet undurchsichtige, geldverschlingende Seilschaften ohne jedes Interesse an kostengünstigen Lösungen – etwa in den Bereichen sozialpädagogische Familien- und Wohnbegleitung oder interkulturelle Vermittlung.

Die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) ordnet an, die zahlenden Gemeinden haben nichts zu sagen. Als Beispiel nannte Barbara Steinemann die Fremdplatzierung eines einjährigen Kindes im Kinderheim Entlisberg zu 128 000 Franken pro Jahr oder eines Dreizehnjährigen in der Stiftung Passagio zu 249 000 Franken. Die «situationsbedingten Leistungen» nach Skos sprengen alle Grenzen der Vernunft. Als Lösungsansätze schlug Nationalrätin Steinemann vor, bei zu langer Sozialhilfeabhängigkeit den Aufenthaltstitel zu entziehen.

Es darf nicht sein, dass Arbeitende im Niedriglohnbereich oder langjährige Schweizer Steuerzahler schlechter gestellt sind als Sozialhilfeempfänger. Missbräuche sind durch effiziente Kontrollen zu unterbinden, und die zahlenden Gemeinden sollen anstelle der Kesb allein über Massnahmen entscheiden. Vor allem dürfen die Sozialbehörden nicht abgeschafft werden, denn kritische Mitbürger entscheiden zweckmässiger als Verwaltungsangestellte.

Barbara Steinemann warnte vor der Kostenexplosion im Sozialwesen.

KANTONSRATSFRAKTIONSCHEF MARTIN HÜBSCHER ZU GAST

Anspruchsvolle Arbeit macht ihm grossen Spass

An der Delegiertenversammlung der Bezirkspartei in Adlikon zeigte der Fraktionschef der SVP im Zürcher Kantonsrat Martin Hübscher seine Aufgaben, seine Rolle und auch die politischen Ziele der Fraktion und Partei auf.

RoMü. Der Landwirt Martin Hübscher aus Liebensberg bei Bertschikon sitzt seit 2015 für den Bezirk Winterthur im Kantonsrat und führt seit Anfang 2019 die Fraktion. Im Rahmen der Delegiertenversammlung der SVP Bezirk Andelfingen gewährte er einen Einblick in die umfassende und anspruchsvolle Arbeit als Fraktionspräsident. «Die Teilnahme der SVP am Weinländer Herbstfest in Hettlingen war eine sehr gute Visitenkarte», hielt SVP-Kantonsratsrat und Fraktionschef Martin Hübscher mit Blick auch auf das starke Engagement der Weinländer als verlässliche Helfer fest. In den ersten vier Jahren nahm er an 203 Kantonsrats-, 158 Kommissions- und 137 Fraktionssitzungen teil. Dabei hatte die bürgerliche Seite stets eine knappe Mehrheit. Diese ist nach den Wahlen gekippt und Hübscher verwies mit Blick auf die Klimadebatte darauf, dass jetzt die Linke eine solche hat, was sich bei den anstehenden Geschäften nun gewichtig auswirken wird. Dies wird sich auch direkt auf die Arbeit der Fraktion auswirken, welche aktuell aus 49 Mitgliedern inklusive der Mitgliedern der EDU besteht. Als Fraktionspräsident gehört er zudem der 15-köpfigen Geschäftsleitung an, wobei er zugleich auch im ZKB-Ausschuss sitzt. «Aktuell sind 199 Geschäfte auf der Traktandenliste zu finden. Wir arbeiten wöchentlich 3 bis 10 ab, wobei gleichzeitig 3–12 neue dazustossen», hielt Hübscher weiter fest.

Die Partei wird bei rot-grünen gefärbten Anliegen und Geschäften in der Minderheit liegen. «Wir müssen deshalb wieder vermehrt zum Mittel des Referendums greifen», so Hübscher. Zugleich ist auch die Partei gefordert, sich wieder stärker in Szene zu setzen. «Wer die Zürcher SVP wählt, soll wissen, woran er ist. Denn die Partei spricht Klartext und steuert einen verlässlichen Kurs», betonte der Fraktionspräsident. Zugleich versicherte er, dass die gewählten Vertreter auf allen Stufen ihre Versprechen konsequent umsetzen. «Genauso werden sie es in Zukunft halten und sich daran messen lassen.»

Hübscher verwies auf die bereits erfolgten Arbeiten in den Kommissionen, wo die Kommissionsmehrheit bei vielen wichtigen Geschäften diesen einen grünen Stempel aufdrückt. Mit Blick auf die politische Arbeit und die Aufgabe der Partei setzt Hübscher einerseits in seiner Rolle als Dompteur und anderseits als Coach auf ein starkes Teamwork: «Kein Spieler allein, und ist er noch so gut, gewinnt ein Match. Gewinnen kann nur die gesamte Mannschaft», so seine abschliessende Überzeugung.

Steuervorlage von immenser Bedeutung

Insbesondere liegt Hübscher die kantonale Umsetzung der Steuervorlage 17 am Herzen. Diese ist mit dem erfolgten Ja an der letzten eidgenössischen Abstimmung ins Zentrum gerückt. Hübscher zeigte dabei ein gewisses Unverständnis gegenüber der SP, welche sich einstimmig gegen die kantonale Umsetzung ausgesprochen hat. Deren kommunalen und städtischen Exekutivmitglieder haben sich für die eidgenössische Vorlage sehr stark gemacht und lehnen nun die Umsetzung im Kanton Zürich ab, wobei dabei bezüglich der Steuererträge sehr viel auf dem Spiel steht.

«Der Kanton Zürich ist die Wirtschaftslokomotive der Schweiz. 18 Prozent der Bevölkerung erwirtschaften 22 Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP) und zahlt 33 Prozent der kantonalen Beiträge in den nationalen Finanzausgleich», rief dabei Hübscher in Erinnerung. Deshalb ist es für das wirtschaftsstarke Zürich wichtig, dass dieses von Grünen und der SP bekämpfte Gesetz an der Urne am 1. September eine Mehrheit findet.

Fraktionspräsident Martin Hübscher zeigte sich überzeugt, dass die SVP Klartext spricht und einen auch für den Wähler verlässlichen Kurs steuert.

SVP DIETIKON

Ausfahrt der 70-jährigen von Dietikon mit Ross und Wagen

Am 27. Mai gingen die 70-jährigen Jubilare auf die traditionelle Ausfahrt, die von Rosmarie Frehsner jedes Jahr mit Unterstützung der Reitgesellschaft a.d. Limmat (RGL) organisiert wurde. Die 30 gutgelaunten Dietikerinnen und Dietiker genossen bei schönstem Wetter die beliebte Ausfahrt mit Ross und drei Wagen. Die Ausfahrt führte die Jubilare durch das Wiesentäli vorbei am Altbergturm Richtung Oetwil. In Spreitenbach wurde ein Zvierihalt für Mensch und Tier eingeschaltet. Der offerierte Zvieri wurde von allen genossen. Gut verpflegt gings dann wieder Richtung Dietikon vorbei an Erdbeerfeldern, der neuen Reithalle und den Gärten «Gartenvielfalt» bei der Stadthalle. Angekommen auf dem Zelgliplatz verabschiedeten sich die beigeisterten Jubilarinnen und Jubilare. Ein ganz grosser Dank gilt den Sponsoren, die diese traditionelle Fahrt ermöglicht haben.

Rosmarie Frehsner,
alt Kantonsrätin, Dietikon

Ross und Wagen stehen für die Ausfahrt bereit. Fotos: Anton Scheiwiller

Die traditionelle Ausfahrt kommt bei den 70-Jährigen sehr gut an.

Tweet der Woche

Claudio Zanetti
@zac1967

Was nun, @PetraGoessi?

Handelsblatt @handelsblatt · 1T
Die CDU lehnt in einer Beschlussvorlage für die Vorstandsklausur am Sonntagabend eine CO2-Steuer ab und setzt auf Innovationen wie Flugtaxis. handelsblatt.com/politik/deutsc...

10:34 · 03 Juni 19 · Twitter for Android

Was ist passiert?
An einer Podiumsdiskussion kürzlich in Basel wurde ich gefragt, warum SVP und FDP in der Klimapolitik nicht zusammenarbeiten. Ich stellte klar, dass wir bis anhin sogar sehr gut zusammenarbeiteten und die Versenkung des CO_2-Gesetzes eine der Früchte dieser guten Zusammenarbeit sei. Doch leider hätten die Freisinnigen kurz darauf die Formation verlassen und damit der bürgerlichen Phalanx schweren Schaden zugefügt. Ein paar schulschwänzende und hüpfende Kinder genügen offenbar, um eine einst staatstragende und wirtschaftsfreundliche Partei dazu zu bringen, gemeinsam mit den Linken und den Linksextremen die Einführung einer neuen Steuer zu fordern. Als würde sie auf einen Pokal hoffen, sprach sich Parteipräsidentin Gössi für eine künstliche Verteuerung des Fliegens aus. Jenen 2,5 Millionen Menschen hierzulande, denen wir bereits die Krankenkassenprämien subventionieren müssen, soll ein weiterer Stein in den Rucksack gelegt werden.

Da der neue Freisinn «global denkt» und lieber im Grossen palavert, als im Kleinen Probleme zu lösen, erhoffte man sich von der Oberpopulistin und Energiewenderin in unserem nördlichen Nachbarland Sukkurs.

Doch selbst Angela Merkel lehnt eine Flugsteuer ab. Allerdings hat sie bestimmt nichts dagegen, wenn andere ihren Wirtschaftsstandort mit Steuern und Bürokratie sabotieren. Darum, Frau Gössi, was nun?

WIDER DIE ROT-GRÜNE VERLOGENHEIT

SVP kämpft gegen den roten Umverteilungs-Teufel

An einer Medienkonferenz hat die SVP des Kantons Zürichs diese Woche ihre Kampagne www.klimateufel.ch vorgestellt. Das Ziel der Kampagne ist die Demaskierung der rot-grünen Klima-Hysterie.

svp. Parteipräsident Patrick Walder betonte zu Beginn der Medienkonferenz, dass die SVP in der aktuell grassierenden Klimahysterie – welche die rot-grünen Parteien mit Panik- und Angstmacherei gezielt schüren – Ruhe bewahren und sich mit einer sachlichen und verlässlichen Politik für die Interessen der Schweizer Bevölkerung einsetzen wird.

Die Forderungen der Klima-Hysteriker gefährden die Zukunft der Schweiz und unseren Wohlstand ganz wesentlich. Die SVP schaut diesem Treiben nicht tatenlos zu und hat die Kampagne www.klimateufel.ch lanciert.

Die rot-grünen Parteien benutzen die Klima- und Umweltpolitik lediglich als Vorwand, um ihre sozialistische Agenda durchzusetzen. **Hinter dem grünen Feigenblatt versteckt sich der der rote Umverteilungs-Teufel,** welcher das Ziel verfolgt, die staatliche Kontrolle und Bevormundung sowie höhere Abgaben, Steuern und Gebühren auf Kosten des werktätigen Mittelstands durchzusetzen und sich selbst zu bereichern.

Unehrlich und verlogen

Die Demaskierung der rot-grünen Verlogenheit ist sehr einfach: Würde es den Rot-Grünen wirklich um Umweltschutz gehen, müssten sie als erstes der ungesteuerten Zuwanderung den Riegel schieben. In den letzten 13 Jahren sind 1 Million Zuwanderer in unser Land gekommen. Der Verschleiss von Land und unseren Ressourcen ist enorm, die Mehrbelastung durch den zusätzlichen Verkehr unerträglich. Wer die Umwelt in der Schweiz effektiv schützen will, der muss die Masseneinwanderung strikt bekämpfen. Wer dies nicht tut, der ist verlogen und unglaubwürdig in der Klima- und Umweltpolitik.

Während die rot-grünen Parteien stets von einer globalen Klimakrise reden, möchten sie mit neuen Steuern, Abgaben und Verboten den werktätigen Mittelstand in der Schweiz belasten und diesen zur Kasse bitten. Für die SVP muss diese Scheinheiligkeit aufhören.

Mit neuen Steuern, Abgaben und Gebühren wird die Schweiz das globale Klima nicht retten können. Dafür wird unser aller Wohlstand und Wettbewerbsvorteil vernichtet.

Mittelstand kommt unter die Räder

Die Medienkonferenz wurde mit zwei Referaten abgerundet. Ständeratskandidat Roger Köppel betonte: «Glauben wir nicht, die Roten und Grünen würden in erster Linie an den Planeten denken. Sie denken an ihren Nutzen und ihren Vorteil. Der Klimawandel ist ihr Geschäftsmodell. Mit Milliarden von Steuerfranken.» Leidtragender wird der Mittelstand sein, der unter die Räder kommt. «Die grünen Forderungen gehen massiv ins Geld. Denken wir an das 20 Rappen pro Liter teurere Benzin, ans massiv teurere Heizöl oder Gas, an die Strassenzölle, das Mobility Pricing – das kostet einen mittleren Haushalt 3000 bis 4000 Franken pro Jahr.»

Klima- und Umweltschutz durch Fortschritt

Kantonsrat Christian Lucek forderte einen Klima- und Umweltschutz durch Fortschritt statt Symbolpolitik und zeigte auf, dass die Schweiz und der Kanton Zürich dank den enormen Fortschritten in den letzten Jahren in Sachen Energieeffizienz sehr gut unterwegs sind.

«Es sind die Hauseigentümer, die Unternehmen, KMU und die Bauern, welche den grössten Beitrag leisten und auch als Produzenten von erneuerbaren Energien die Nase vorne haben.» Diese Fortschritte sind nur dann möglich, wenn der Markt spielt und sich der Staat zurückhält. Weiter betonte Christian Lucek, dass wir alle die Natur als unsere Existenzgrundlage erhalten und schützen wollen.

Wahlkampfmotivierte Symbolpolitik ist hierfür jedoch ungeeignet und kontraproduktiv. «Die SVP fordert deshalb eine Umweltpolitik, die sachlich und ideologiefrei geführt wird, den Faktor Zuwanderung nicht ausblendet und unsere Versorgungssicherheit gewährleistet.»

An der Medienkonferenz sprachen sich Christian Lucek, Patrick Walder und Roger Köppel gegen das falsche Spiel der Klima-Hysteriker aus.

DENK- UND TECHNOLOGIEVERBOTE BRINGEN UNS NICHT WEITER

Klima- und Umweltschutz durch Fortschritt statt Symbolpolitik

Entgegen dem, was die Klimapopulisten unterstellen, sind in der jüngeren Vergangenheit massive Anstrengungen zur Verbesserung der Ökobilanz in allen Sektoren unternommen worden.

Christian Lucek
Kantonsrat SVP
Dänikon

Ja, das Klima erwärmt sich; Ja – zuviel CO_2 in der Atmosphäre spielt dabei wahrscheinlich eine Rolle; ja, der Mensch erzeugt CO_2 und trägt damit zur Erwärmung bei; ja, auch die Schweiz trägt einen Anteil, um genau zu sein 0,1 Prozent, zum weltweiten menschgemachten CO_2-Ausstoss bei.

Und ja, es steht ausser Frage, dass die Natur unsere Lebensgrundlage darstellt und daher schädliche Einflüsse jeglicher Art in Grenzen gehalten werden sollen.

Doch ist das alles neu? Stehen wir vor dem Abgrund?

In der mit religiösem Eifer geschürten Klimapanik warnen überhitzte Politiker vor dem nahenden Weltuntergang, das Geschäft mit der Angst beschert den dunklen, hellen und neu grünen Parteien Wahlerfolge und in den Parlamenten den Durchbruch von Symbolpolitik in Form von missbräuchlichen und wirkungslosen Notstandserklärungen.

Fortschritt wird von Zuwanderung kompensiert

Der ganze Hype blendet die enormen Fortschritte der letzten Jahrzehnte aus. Als ich so alt war wie die jungen Klimademonstranten von heute, benötigten wir zum Heizen des Elternhauses so viel Öl, wie wir heute für 15 Wohneinheiten brauchen.

Flugzeuge waren um Faktoren lauter, zogen eine lange Rauchschleppe hinter sich her und verbrauchten 43 Prozent mehr Treibstoff pro Passagierkilometer als heute.

Das öffentliche Verkehrsnetz wurde und wird massiv ausgebaut, laufende Effizienzsteigerungen im modernen Automobilbau sowie alternative Antriebe führten zu einer wesentlich besseren Energiebilanz.

Doch das Bevölkerungswachstum durch die Zuwanderung führt zu einem stetig steigenden Energiebedarf und bringt die Kapazität der Infrastrukturen an die Grenze, die erreichten Fortschritte werden dadurch weitgehend ausgeglichen, der Bedarf an Treibstoffen und Strom ist aber dabei in den letzten 40 Jahren im Kanton Zürich konstant geblieben.

Das zeigt aber auch, die Schweiz und der Kanton Zürich ist in Sachen Energieeffizienz gut unterwegs, würden unsere Massstäbe global angesetzt, die Klimadebatte würde, wenn überhaupt, wesentlich entspannter geführt.

Freiheit und Marktwirtschaft für Umweltschutz und Wohlstand

Entgegen dem, was die Klimapopulisten unterstellen, sind in der jüngeren Vergangenheit massive Anstrengungen zur Verbesserung der Ökobilanz in allen Sektoren unternommen worden. Am erfolgreichsten immer dann, wenn der Markt spielt und sich ökologische Entwicklungen auch ökonomisch rechnen, was meistens der Fall ist, denn Energie kostet Geld. Es sind die Hauseigentümer, die Unternehmen, KMU und die Bauern, welche den grössten Beitrag leisten und auch als Produzenten von erneuerbaren Energien die Nase vorne haben.

Die propagierte Suffizienz der Klimaheiligen führt zu nicht hinnehmbaren Freiheitsbeschränkungen und zur Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit, sie gefährdet genau den Wohlstand, den es braucht, um die erforderlichen Fortschritte zu finanzieren.

Ideologiebefreite Sachlichkeit ist gefragt

Wenn wir nun aktuell das CO_2 als grösste Geissel der Menschheit einschätzen und daher auf die Elektromobilität, Wärmepumpen und die Digitalisierung setzen, dann brauchen wir Strom, viel Strom. Mit erneuerbaren Energien alleine werden wir das nie schaffen, die Sonne scheint dann aufs Panel, wenn das Auto unterwegs ist, sie scheint dann nicht, wenn wir heizen wollen. Windräder sind bei uns weder effizient genug noch landschaftsverträglich, die Geothermie zur Stromproduktion noch sehr weit von rentablen Lösungen entfernt. Zu Dumpingpreisen importierter Kohle- und Gaskombistrom aus Deutschland kann unmöglich die Lösung sein, die Klimaziele würden damit geradezu pervertiert. Man kann es also drehen und wenden wie man will, es geht nicht auf. Wenn die CO_2-Emissionen tatsächlich unser grösstes Problem sind, dann führt kein Weg daran vorbei, die Haltung zur Kernenergie überdenken. Denk- und Technologieverbote führen da nicht weiter. Nur in Kombination mit Pumpspeicherwerken, erneuerbaren Energien und Kernkraftwerken neuester Generation, können die Klimaziele bei unverändertem Bevölkerungswachstum ohne Wohlstandsverlust erreicht werden.

Staatlicher Zwang führt zu sozialer Ungerechtigkeit

Überbordende Vorschriften, Lenkungsabgaben und Einschränkungen sind freiheitsfeindlich und unsozial. Geplante Anpassungen im Energiegesetz führten zum Beispiel dazu, dass ein älteres Paar, welches seinen Lebensabend im eigenen Haus verbringt, frei von Hypothekarschulden einen hohen Eigenmietwert versteuert, die Krankenkasse von der AHV bezahlt, plötzlich vom Staat verordnet die Ölheizung durch eine Wärmepumpe ersetzen und das alte Haus aufwendig energetisch sanieren muss.

Das ist nicht finanzierbar, die Senioren würden aus ihrem Eigentum vertrieben.

Bei einem späteren Handwechsel werden diese älteren Liegenschaften immer saniert oder durch Ersatzneubauten ersetzt, die Verbesserung der Energiebilanz tritt völlig natürlich und ohne staatliches Zutun ein.

Die angestrebte massive Verteuerung der Treibstoffe in der Mobilität, schlägt auf die Produktionskosten, trifft Werktätige, welche auf das Auto angewiesen sind, und belastet insbesondere die tieferen Einkommen und den Mittelstand, Reisen können sich nur noch die Reichen leisten.

Realpolitik statt Aktionismus

Wir alle wollen und sollen die Natur als unsere Existenzgrundlage erhalten und schützen. Wahlkampfmotivierte Symbolpolitik ist dazu ungeeignet und kontraproduktiv.

Wir fordern eine Umweltpolitik welche:

- Sachlich und ideologiebefreit geführt wird;
- Den Faktor Zuwanderung nicht ausblendet;
- Die Versorgungssicherheit gewährleistet.

Umweltschutzziele sind wie bisher mit konkreten Massnahmen, welche sowohl ökonomisch tragbar wie auch ökologisch nützlich sind, auf freiheitlicher marktwirtschaftlicher Basis ohne staatlichen Zwang, Ablasshandel und prohibitive Lenkungsabgaben zu erreichen.

Fadegrad

von
Nina Fehr Düsel

Messer im Ausgang

In Zürich steigt die Zahl schwerer Körperverletzungen durch Stichwaffen. Die Täter werden immer jünger und die Taten brutaler.
In den letzten Wochen gab es insbesondere in der Stadt Zürich viele Straftaten gegen Leib und Leben, wie beispielsweise Straftaten durch jugendliche und oft ausländische Täter am Utoquai am See. Sogar Rettungssanitäter und Polizisten wurden behindert, ihre Amtshandlungen auszuführen.
Verschiedene Zahlen zeigen, dass solche Vorfälle zunehmen. In der aktuellen Zürcher Kriminalstatistik sind Fälle von schwerer Körperverletzung, bei denen Schneid- und Stichwaffen involviert waren, von 2017 bis 2018 um ein Viertel gestiegen.
Dies, nachdem die Anzahl Vorfälle in den acht Jahren zuvor eher gesunken ist. Der Anstieg der Fälle setzte sich bisher fort. Auf Anfrage sagen Kantons- wie auch Stadtpolizei, sie hätten in den letzten Monaten mehr Fälle von schweren Körperverletzungen mit Stichwaffen registriert als in der Vorjahresperiode.
Vor allem Vorfälle mit Tätern im Alter zwischen 18 und 24 Jahren nehmen zu. In dieser Altersgruppe hat sich die Anzahl der Fälle mehr als vervierfacht. 2018 stieg sie von 3 auf 14 Fälle.
Das Messer ist bei vielen, oft ausländischen Jugendlichen zu einem Lifestyleprodukt geworden. Ein Drittel der jugendlichen Männer trägt eines bei sich. Junge Menschen, die mit einem Messer unterwegs seien, haben gemäss Erhebungen ein doppelt so hohes Risiko, eine Gewalttat zu begehen.
Was Exponenten, die im Zürcher Nachtleben arbeiten, aufschrecken lässt: Der Trend zum Messer geht einher mit einer gestiegenen Brutalität. Viele Polizisten stellen fest, dass die Aggressivität in den vergangenen Jahren zugenommen hat. Das schlägt sich in der Kriminalitätsstatistik nieder.
Diese verzeichnet eine kantonsweite Zunahme einfacher Körperverletzungen um fast acht Prozent im Jahr 2018. Diese Zahl sei mehrheitlich aufs Nachtleben zurückzuführen, wie ein der Kommandant der Zürcher Kriminalpolizei bei der Präsentation der Statistik im März erwähnte. Die Auseinandersetzungen seien brutaler geworden, es werde mehr nachgetreten, und es kämen mehr Waffen zum Einsatz.
Was leider oft nicht explizit in den Medien steht, ist die Täterherkunft. Eigentlich wissen aber die meisten, dass es sich oft um Jugendliche osteuropäischer Herkunft handelt.
Nun gilt es die Anzahl Vorfälle genau zu beobachten. Die Polizeipräsenz an der Langstrasse und am Utoquai ist sehr zu begrüssen. Ausserdem sollten auch regelmässig Kontrollen an neuralgischen Punkten stattfinden.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Wer steckt hinter der Klima-Hysterie?

Die Klima-Hysteriker schüren eine absurde Angst, die Welt gehe bald unter. Der Umweltschutz ist dabei nur das grüne Feigenblatt. Dahinter versteckt sich der rote Umverteilungs-Teufel des Sozialismus: Verbote, Bevormundung sowie höhere Abgaben, Steuern und Gebühren für den Mittelstand. Gleichzeitig ist es den Links-Grünen egal, dass die masslose Zuwanderung die Umwelt in der Schweiz grossflächig zerstört.

Samuel Balsiger
Gemeinderat SVP
Zürich 9

Der Anteil der Schweiz am weltweiten CO_2-Ausstoss liegt im unbedeutenden Promillebereich.

Die sozialistische Volksrepublik China ist die grösste menschgemachte CO_2-Schleuder. Rund 10 Milliarden Tonnen stösst das ostasiatische Land jährlich aus. Die Natur setzt jedes Jahr rund 724 Milliarden Tonnen Kohlendioxid frei und nimmt bedeutend mehr wieder auf. Es ist in jeder Hinsicht absurd, zu behaupten, die Schweiz könne das globale Klima beeinflussen.

Es geht den Links-Grünen also nachweislich um etwas anderes. Sie wollen unsere freie Gesellschaft abschaffen: Verbrennungsmotoren verbieten, CO_2-Steuer einführen, Flugreisen besteuern und teils ganz verbieten, Autos in den Innenstädten verbieten und jeden anderen Lebensbereich staatlich regulieren. Im Zuge der Klima-Hysterie sind unser Wohlstand und unsere Freiheit akut bedroht.

Masslose Zuwanderung zerstört Umwelt

Aber Achtung: Die Umwelt in der Schweiz wird tatsächlich zerstört.

In den letzten 13 Jahren sind rund 1 Millionen Zuwanderer dauerhaft in unser kleines Land gekommen. Dadurch wurde eine Fläche von 407 Millionen m² zusätzlich beansprucht, überbaut oder zubetoniert – unter anderem für 454 000 Wohnungen. In der Infobox «Rot-grüne Verlogenheit» sind weitere negative Auswirkungen aufgeführt.

Alle Daten stützen sich auf verlässliche Quellen wie das Bundesamt für Statistik oder das Bundesamt für Energie ab. Die masslose Zuwanderung zerstört nachweislich die Umwelt in der Schweiz.

Links-grüne Verlogenheit

Die Realität fernab der Klima-Hysterie lässt sich wie folgt zusammenfassen: Wer die Umwelt in der Schweiz schützen will, muss die Masseneinwanderung bekämpfen! Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Die Schäden gehen weit über die Umweltzerstörung hinaus. Durch die Masseneinwanderung steigen die Mieten in den Städten, verlieren Schweizer Arbeitnehmer wegen ausländischen Lohndrücker ihre Jobs, haben viele Ü-50-Jährige keine Chance mehr auf dem Arbeitsmarkt und verarmen, steigen die Gesundheitskosten und so weiter. All das stört die Links-Grünen nicht. Sie wollen offene Grenzen, sie wollen mehr Zuwanderung.

Frei und sicher

Nur die SVP setzt sich für die Schweiz, ihre vielfältige Natur, Freiheit und Sicherheit ein. Wie **Patrick Walder**, Parteipräsident SVP des Kanton Zürich, treffend sagt: Wir müssen unser Feuer für die gute Sache auf die Bürger übertragen.

Emotionen wecken, angreifen und einstecken. Lasst uns die Masseneinwanderung und Klima-Hysterie bekämpfen und die Nationalratswahlen am 20. Oktober gewinnen, damit wir weiterhin in Wohlstand, Freiheit und Sicherheit leben!

ROGER KÖPPEL IN ZÜRICH NORD

Die Schweiz muss frei und erfolgreich bleiben

Auf seiner Tour durch alle 162 Gemeinden des Kantons Zürich besuchte Roger Köppel die Stadt Zürich und machte Halt im Seebacher Hotel-Restaurant Landhus.

svp. «Wenn die Medien nicht angemessen über unsere Themen berichten, dann gehe ich zu den Leuten», so meinte Roger Köppel. Diese Gelegenheit liess sich in Zürich-Nord ein zahlreiches Publikum nicht entgehen.

Über 120 Personen wollten Köppel hören. Von Nationalrat und Stadtparteipräsident Mauro Tuena wurde er mit den Worten «der einzig wählbare, bürgerliche Ständeratskandidat» begrüsst.

Während rund einer Stunde referierte Roger Köppel, periodisch unterbrochen von tosendem Applaus der Anwesenden. Mit klaren Worten und starken Argumenten führte er durch seine Kernthemen. Einleitend warnte der Ständeratskandidat vor der instrumentalisierten «Klimahysterie» und sagte schmunzelnd und heimatverbunden «lieber Heidi als Greta».

Tickende Zeitbombe Zuwanderung

Als «grösste Zeitbombe» benannte er die masslose Zuwanderung, die der Schweiz in lediglich 13 Jahren eine Million Mehreinwohner und unzählige, soziale Probleme bescherte, so unter anderem die «Ausmusterung» von älteren Mitarbeitenden Ü50.

«Die Schweiz muss frei, souverän und erfolgreich bleiben, dies kann sie nur dann, wenn sie sich nicht an die EU anketten lässt.»

Nach seinem packenden Referat konnten Fragen aus dem Publikum gestellt werden, die Roger Köppel während rund einer Stunde gerne und ausführlich beantwortete. Viele Besucherinnen und Besucher bedankten sich anschliessend persönlich bei Roger Köppel für seinen Besuch in Zürich 11 und für sein selbstloses Einstehen für die Schweiz. Sie wünschten ihm viel Kraft und Erfolg für seinen Ständeratswahlkampf. Auch für heissbegehrte Selfies am Schluss der Veranstaltung nahm er sich selbstverständlich Zeit.

Roger Köppel sorgte für einen Grossandrang im Landhus in Seebach.

SCHIKANÖSES VERKEHRSREGIME AM HEIMPLATZ

Massive Beeinträchtigung für Individualverkehr und Gewerbe

Seit 2012 fordert der links-grüne Gemeinderat ein verkehrsplanerisch verbessertes und gestalterisch überzeugendes Projekt für den Heimplatz. Der Stadtrat präsentierte kürzlich eine Lösung mit massiven Einschränkungen für den Individualverkehr.

Stephan Iten
Gemeinderat SVP
Zürich 11

Nachdem alt Stadträtin Ruth Genner und Stadtrat Filippo Leutenegger sich zeit- und kostenintensiv damit befassten, beide aber kein überzeugendes Projekt für den Heimplatz präsentieren konnten, beantragte der links-grüne Gemeinderat, zur Lösungsfindung einen Studienauftrag zu vergeben.

Als der heutige Tiefbauvorsteher Richard Wolff für die Ausarbeitung des Siegerprojekts eine Fristverlängerung beantragte, versprach er im Gemeinderat, dass ein sehr gutes Projekt vorliege, das für sämtliche Verkehrsträger eine ideale Lösung vorsehe.

Präsentiert wird aber jetzt ein Projekt, das keinesfalls sämtliche Verkehrsträger ideal berücksichtigt.

Um sechs durchgehende Velowege zu realisieren, werden die Kapazitäten des motorisierten Individualverkehrs beschränkt, und zwar mit dem Bauen von Kaphaltestellen, durch Mischverkehr und durch den Abbau von Spuren und Abbiege-Möglichkeiten.

Autofahrer werden schikaniert

Alle diese Massnahmen werden automatisch zu Umfahrungen und Staus führen. Neben den unnötigen Emissionen, die durch diese Beschränkungen bewirkt werden, wird die Mobilität des Gewerbes massiv beeinträchtigt.

Durch sieben aufgehobene Abbiege-Beziehungen wird der Individualverkehr teilweise bis zum Bellevueplatz geleitet, der wegen dem Spurabbau beim Sechseläutenplatz schon heute völlig überlastet ist. Dies alles verursacht für den Individualverkehr unnötig verlängerte Fahrzeiten. Als bittere Pille muss auch noch die definitive Aufhebung von 20 Parkplätzen geschluckt werden. Die SVP verurteilt den massiven Eingriff in das Strassennetz am Heimplatz aufs schärfste. Dieses Projekt dient erklärtermassen dem einzigen Zweck, den Individualverkehr intensiv zu schikanieren und das Auto aus der Stadt zu vertreiben.

Dagegen wird sich die SVP konsequent zur Wehr setzen!

SVP WINTERTHUR

Franco Albanese tritt als Gemeinderat zurück

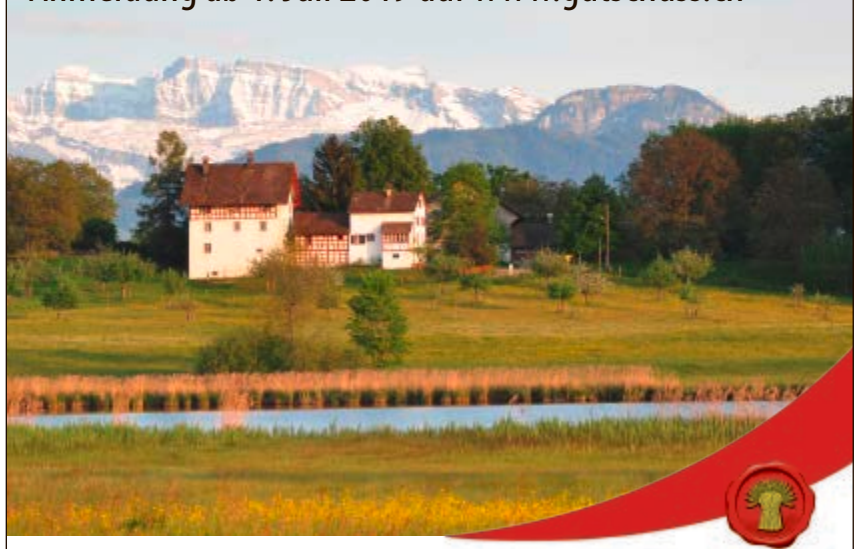
svp. An der Delegiertenversammlung vom 28. Mai 2019 in Hüntwangen wurde er für die Nationalratswahlen vom 20. Oktober 2019 auf dem Listenplatz 18 der SVP des Kantons Zürich nominiert. Diese gute Ausgangslage setzt das notwendige Fundament für einen engagierten Wahlkampf unseres Nationalratskandidaten zugunsten der Stadt Winterthur und des Kantons Zürich. Die SVP Winterthur ist erfreut und überzeugt, dass mit Nationalratskandidat Franco Albanese eine erfolgreiche Nachfolge der Winterthurer SVP-Repräsentanz im nationalen Parlament garantiert werden kann.

Damit der Familienunternehmer und Kantonsrat Franco Albanese seine Kräfte für die Nationalratswahlen optimal bündeln kann, hat er den vorzeitigen Rücktritt aus dem Grossen Gemeinderat von Winterthur auf den 1. Juli 2019 beschlossen.

SVP-Schiessen 2019 Hombrechtikon

13. / 20. / 21. / 22. September 2019

Anmeldung ab 1. Juli 2019 auf www.gutschuss.ch



www.gutschuss.ch

SCHWEIZER QUALITÄT SVP

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.** Komme bei Ihnen vorbei.

Telefon 044 822 26 11

Ständeratskandidat

Roger Köppel spricht in allen 162 Gemeinden des Kantons Zürich! Wann & Wo auf www.rogerköppel.ch

Roger Köppel spricht

In:

Uitikon
Dienstag, 11. Juni 2019, 20.00 Uhr
Restaurant Dörfli, Im Üdiker-Huus
Zürcherstrasse 61, 8142 Uitikon

Grüningen
Samstag, 15. Juni 2019, 10.30 Uhr
Kirchgemeindesaal, Kirchgass 7
8627 Grüningen

Rifferswil
Mittwoch, 12. Juni 2019, 20.00 Uhr
Restaurant Schwiizer Pöstli
Dorfplatz 2, 8911 Rifferswil

Weiach
Samstag, 15. Juni 2019, 14.00 Uhr
Schule Weiach – Grosser Saal
Schulweg 6, 8187 Weiach

Oetwil am See
Dienstag, 13. Juni 2019, 20.00 Uhr
Oase am See, Willikonerstrasse 3
8616 Oetwil am See

Bassersdorf
Samstag, 15. Juni 2019, 17.00 Uhr
Mehrzwecksaal, Grindelstrasse 20
8303 Bassersdorf

Thema: **Stopp der Plünderung des Mittelstandes**

- Kein EU-Unterwerfungsvertrag
- Rot-grüne Klimadiktatur. Nein Danke!
- Masslose Zuwanderung stoppen

Jedermann ist herzlich eingeladen.
Mit Diskussion. Sie können alles fragen.

Frei und sicher. SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook

www.facebook.com/svpzuerich

Hallo liebe Leser!

Herr Winter kauft Pelze, Teppiche,
Porzellan, Tafelsilber, Schmuck,
Münzen, Zinn und Armbanduhren.
Fotoapparate und Schreibmaschinen.
Zu fairen Preisen - Barzahlung
Tel. 076 225 80 90

SVP OBERWINTERTHUR

Erfolgreicher Grillplausch

Bei strahlendem Sonnenschein fanden am vergangenen Sonntag über 30 Mitglieder den Weg an den Grillplausch der SVP Oberwinterthur.

Als Rahmenprogramm stand dieses Jahr zuerst ein Blick «hinter die Kulissen des Technorama» auf dem Programm.

Der Direktor Herr Thorsten Künnemann führte uns durch die eigenen Werkstätten, in welchen fast alle Exponate und Experimente selber entwickelt und gebaut werden, durch die Sammlung alter Raritäten und Geräte und auch über die Baustelle der neuen Aussenanlage mit der entstehenden Wunderbrücke. Wir durften auf dieser speziellen Führung viel über das Technorama, die Hintergründe und die Philosophie des Hauses sowie auch über die Beiträge an die Bildung erfahren. Ein immer wieder sehr beeindruckender und spannender Ort! Nach der Führung durften wir für den Grillplausch zu Gast auf dem Areal von Alt-Kantonsrat Walter Langhard sein. Neben besten Steaks und Würsten vom Buure-Metzger Manfred Zeller (manfredzeller.ch) gab es natürlich feine Salate und zum Abschluss die schon fast traditionellen Schweiz- und SVP-Torten. Eine besondere Freude war den Organisatoren die Teilnahme von zwei Neumitgliedern und einigen Mitgliedern der JSVP. Bei tollstem Wetter wurde bis weit in den Nachmittag hinein diskutiert und die Parteifreundschaft gepflegt.

Der nächste Grillplausch der SVP Oberwinterthur findet statt am: Sonntag, 7. Juni 2020.

Markus Reinhard,
Gemeinderat Stadt Winterthur

Anschliessend wurde beim Grillplausch Parteifreundschaft gepflegt.

Zuerst wurde hinter die Kulissen des Technorama Winterthur geschaut.

AM 14. JUNI 2019

im Ländeli Obermeilen vis à vis Seestrasse 941

ZU DIESEM JUBILÄUMSFEST SIND ALLE HERZLICH WILLKOMMEN.

Ab 18 Uhr

PROGRAMM:

- ABENDESSEN
- SCHWYZERÖRGELIMUSIG MIT DEN HÖRNLIFAEGER
- FESTANSPRACHEN VON:
  ALT NATIONALRAT TONI BRUNNER
- BARBETRIEB MIT DJ

Für eine optimale Planung wird um Anmeldung gebeten **bis spätestens Mittwoch, 12. Juni 2019** via Mail an **jubilaeum@svp-meilen.ch.**

SVP SVP/BGB MEILEN

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat/Fraktion
Montag, 10. Juni 2019, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Bienengarten, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Meilen/Meilen
Jeden zweiten Samstag (gerade Kalenderwochen), ab 10.30 Uhr, Restaurant Frieden, Rauchgässli 34, Meilen.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11 bis 12 Uhr, im Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Bar Enoteca, Tannenzaunstrasse 23, Uster.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden letzten Freitag im Monat, 20.00 Uhr, Parteihöck im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Stadt Zürich/Kreis 3
Jeden ersten Montag im Monat, ab 18.00 Uhr, Restaurant Bahnhof Wiedikon, Seebahnstrasse 33, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 4 und 5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Restaurant Kornhaus, Langstrasse 243 (Limmatplatz), Zürich. Eine An- oder Abmeldung an info@svp5.ch ist aus organisatorischen Gründen erwünscht.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Bülach/Bassersdorf und Kloten
Freitag, 30. August 2019, ab 18.00 Uhr, im alten Schützenhaus, Bassersdorf, traditionelles Sommerfest mit Kantonsrat Matthias Hauser.

Bezirk Dietikon
Samstag, 22. Juni 2019, 11.00 Uhr, im Ortsmuseum, Birmensdorferstrasse 102, Urdorf, Sessionsapéro mit Nationalrat Hans Egloff.

Bezirk Hinwil/Grüningen
Sonntag, 7. Juli 2019, 09.30 Uhr, bei Familie Zangger, Bächelsrüti, Grüningen, Puurezmorge.

Sonntag, 15. September 2019, Besammlung 11.00 Uhr, Schloss Grüningen, Themen-Spaziergang, Rebberge von Grüningen.

Donnerstag, 14. November 2019, 20.00 Uhr, Restaurant Adler, Grüningen, Mitgliederversammlung.

Bezirk Hinwil/Hinwil
Freitag, 14. Juni 2019, 18.00–21.00 Uhr, Samstag, 15. Juni 2019, 10.00–21.00 Uhr und Sonntag, 16. Juni 2019, 11.00–17.00 Uhr, SVP-Stand an der Gewerbemesse Hinwil.

Bezirk Meilen
Mittwoch, 3. Juli 2019, Apéro 19.10 Uhr, Schiffsteg Uetikon am See, Schifffahrt mit Regierungsrat Ernst Stocker auf dem Zürichsee mit MS «Etzel», Abfahrt 19.40 Uhr, Rückkehr ca. 22.15 Uhr. Anmeldung mit Einzahlung von CHF 60.– auf Postcheck-Konto 80-52149-0 oder IBAN CH25 0900 0000 8005 2149 0 für Apéro und trockenes Gedeck.

Bezirk Meilen/Hombrechtikon
Donnerstag, 20. Juni 2019, 20.00 Uhr, in der Brauerei Herzbräu, Dändlikon, Hombrechtikon, auf ein Bier mit Nationalrätin Therese Schläpfer, Sessionsrückblick.

Bezirk Meilen/Meilen
Freitag, 14. Juni 2019, ab 18.00 Uhr, im Ländeli Obermeilen, vis à vis Seestrasse 941, 100 Jahre SVP/BGB Meilen mit alt Nationalrat Toni Brunner. Anmeldung bis 12. Juni 2019 an jubilaeum@svp-meilen.ch.

Bezirk Uster/Dübendorf
Samstag, 29. Juni 2019, Apéro 17.30 Uhr, Kath. Pfarreizentrum Leepünt, Leepüntstrasse 14, Dübendorf, Jubiläumsfeier 100 Jahre SVP Dübendorf u. a. mit Patrick Walder, Präsident SVP Kanton Zürich, und Ständeratskandidat Roger Köppel. Weitere Infos und Anmeldung unter www.svp-duebendorf.ch.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701 ISSN 2296-3480 **Der Zürcher Bote**

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 48.–; für Nichtmitglieder Fr. 58.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Roland Scheck (rs.), Telefon 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, Fax 044 217 77 65, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** Zürcher Bauernverband, Marco Calzimiglia, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, inserate@zuercher-bote.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 22. Juni 2019, 13.15–16.30 Uhr, Treffpunkt Tramstation Hardplatz, Zürich, Besichtigung Neubau Polizei- und Justizgebäude Zürich (PJZ). Zutritt wird nur mit Anmeldung gewährt.

Samstag, 24. August 2019, 09.00–12.00 Uhr, Marktplatz, Zürich-Oerlikon, Standaktion.

Freitag, 30. August 2019, 19.00 Uhr, Hotel Landhus, Zürich-Seebach, Politapéro mit Kantonsrat Valentin Landmann.

Samstag, 14. September 2019, 09.00–12.00 Uhr, bei Kirche Maria-Lourdes, Zürich-Seebach, Standaktion.

Sonntag, 15. September 2019, 10.00 Uhr, Bauernhof Schumacher, Zürich-Affoltern, Herbstbrunch.

Samstag, 28. September 2019, 09.00–12.00 Uhr, Marktplatz, Zürich-Oerlikon, Standaktion.

Samstag, 2. November 2019, 09.00–12.00 Uhr, Zehntenhausplatz, Zürich-Affoltern, Standaktion.

Freitag, 15. November 2019, 19.00 Uhr, Hotel Landhus, Zürich-Seebach, Politapéro mit Nationalrätin Barbara Steinemann.

Samstag, 16. November 2019, 09.00–12.00 Uhr, bei Kirche Maria-Lourdes, Zürich-Seebach, Standaktion.

Samstag, 7. Dezember 2019, 19.00 Uhr, im Hotel/Restaurant Landhus, Zürich, politischer Jahresausklang.

Stadt Zürich/Kreis 12
Freitag, 21. Juni 2019, ab 18.00 Uhr, Vereinshütte Familiengärten Auzelg, Zürich, Grillplausch.

Samstag, 31. August 2019, 11.00–02.00 Uhr, und Sonntag, 1. September 2019, 11.00–23.00 Uhr, SVP-Festzelt an der Schwamendinger Chilbi.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 20. September 2019, bis Sonntag, 22. September 2019, Hombrechtikon, SVP-Schiessen 2019 (Vorschiessen am Freitag, 13. September 2019). Weitere Informationen folgen.

Samstag, 25. April 2020, 10.30–15.30 Uhr, Kaserne Bern, 35. ordentliche Mitgliederversammlung der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS).

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten
Sonntag, 23. Juni 2019, Abfahrt 09.30 Uhr, Raststätte Kemptthal, von Kemptthal über Herblingen-Merishausen und Begglingen, nach Rheinau, 3. Ausfahrt.

Sonntag, 28. Juli 2019, Route noch offen, 4. Ausfahrt.

Sonntag, 15. September 2019, Route noch offen, 5. Ausfahrt.

Sonntag, 6. Oktober 2019, Route noch offen, 6. Ausfahrt.

Schlussfest
Freitag, 25. Oktober 2019, ab 19.00 Uhr, Rest. Sternen, Nürensdorf.

Sommerreise
Donnerstag, 11. Juli 2019, bis Sonntag, 14. Juli 2019, Südtirol Hotel Ludwigshof.

Stämme
Dienstag, 18. Juni 2019, ab 19.00 Uhr, Rest. Fähre, Zweidlen, 3. Stamm.

Dienstag, 6. August 2019, ab 19.00 Uhr, Rest. Schwyzerhüsli, Horgenberg, 4. Stamm.

Freitag, 30. August 2019, ab 19.00 Uhr, Rest. Stallstube, Maur, 5. Stamm.

Dienstag, 24. September 2019, ab 19.00 Uhr, Rest. Rossberg Winterthur Kempten, 6. Stamm.

SVP des Kantons Zürich
Lagerstrasse 2014
8600 Dübendorf

Tel. 044 217 77 66
Fax 044 217 77 65
E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch

Kandidatentagung Nationalratswahlen 2019

Samstag, 15. Juni 2019
Hotel Swiss Star, Grubenstrasse 5, 8620 Wetzikon

Programm

08.00 Uhr	Eintreffen, Kaffee und Gipfeli	
08.30 Uhr	Begrüssung und Einleitung	Patrick Walder, Präsident
08.40 Uhr	«Nationale Wahlen 2019 – Unsere Botschaft, unsere Themen»	NR Thomas Aeschi, Fraktionschef
09.10 Uhr	Gruppenbild aller NR Kandidaten; Pause	Martin Suter, Sekretär
10.10 Uhr	Rüstzeug für die Kandidatinnen und Kandidaten Vorstellung Gestaltungsmanual	Alexander Segert GOAL AG
10.40 Uhr	Mit neuen Mitteln zum Erfolg - Social Media Wahlkampf	Thomas Gemperle openbyte GmbH
11.10 Uhr	Telefonaktionen und Haustürwahlkampf	Alexander Segert GOAL AG
11.40 Uhr	Fragen und Diskussion	alle
12.10 Uhr	Schlusswort	Patrick Walder, Präsident
12.15 Uhr	Ende der Veranstaltung	

Anmeldetalon für die Teilnahme an der Kandidatentagung vom 15. Juni 2019

☐ Ich melde mich für die Kandidatentagung an.
☐ Wir melden uns für die Kandidatentagung an: ____ Anzahl Personen.

Name: _____ Vorname: _____
Strasse: _____ PLZ, Ort: _____
Telefon: _____ E-Mail: _____

Bitte retournieren an das SVP-Sekretariat, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf
per Fax 044 217 77 65 oder per E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch

Auf ein Bier mit Nationalrätin Therese Schläpfer

Sessionsrückblick
am 20. Juni 2019, 20.00 Uhr
in der Brauerei Herzbräu
Dändlikon, Hombrechtikon

Die SVP Hombrechtikon offeriert eine Wurst vom Grill.

| www.svp-hombrechtikon.ch